

Zur neuesten Revision des ostdeutschen Angleichungsstandes (vom Juli 2012)

Die jüngste Revision der Bundesländerstatistik brachte weitere enttäuschende Ergebnisse für den statistischen Ausweis des ostdeutschen Angleichungsfortschritts zum Westen Deutschlands:

Der ostdeutsche Leistungsrückstand ist 2011 deutlich höher als der für die Jahre 2008 bis 2010 ausgewiesene, d.h. die zuvor prognostizierte Angleichungszeit verlängert sich. „Bezogen auf das Produktionsniveau wurde der Aufholprozess um mindestens fünf Jahre zurückgeworfen, um zwei Jahre aufgrund der Datenrevision und um drei Jahre aufgrund der Wirtschaftskrise“, fasste das IWH den Effekt für Ostdeutschland zusammen. (IWH, Pressemitteilung 25/2012 (Langfassung))

Nimmt man vergleichsweise das westdeutsche Niveau *mit* Berlin (= 100), so lag das ostdeutsche Niveau beim BIP je Einwohner 2011 erst bei 67,1 Prozent und beim BIP je Erwerbstätige erst bei 70,3 Prozent nach der Revision, während vor der Revision für 2010 noch 69,7 bzw. 75,1 Prozent hierfür ausgewiesen wurden. (Nach IWH, ebda.)

Nach Angaben des ifo-Dresden gelten nun mehr für die einzelnen ostdeutschen Flächenländer für 2011 folgende Vergleichsniveaus: War man bisher davon ausgegangen, dass die ostdeutschen Flächenländer zwischen 67 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) und 71 Prozent (Sachsen) des westdeutschen Durchschnittsniveaus erreichen, liegt das Konvergenzniveau nach den jetzt vorliegenden Zahlen nur noch zwischen 64 und 69 Prozent.

Tab.: Angleichungsstand im BIP-Niveau je Einwohner nach der VGR-Revision für 2011 (Westdeutschland *ohne* Berlin = 100)

Sachsen	68,8
Sachsen-Anhalt	66,9
Brandenburg	66,1
Thüringen	64,8
Mecklenburg-Vorpommern	64,0
Ostdeutsche Flächenländer (ohne Berlin)	66,9

Quelle: ifo-Dresden, Pressemitteilung vom Juli 2012, (stark verkürzte Wiedergabe).

Während das relative Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Sachsen nur um zwei Prozentpunkte niedriger ausgewiesen wird als zuvor, sind es in Thüringen sogar knapp fünf Prozentpunkte. Das ifo-Dresden kommentiert diese Daten wie folgt:

„Was zunächst nur als rein technische Anpassung erscheinen mag, ist tatsächlich von enormer – auch politischer – Bedeutung. Man denke hierbei insbesondere an die Abgrenzung von EU-Fördergebieten, die allein dem Kriterium der Wirtschaftskraft folgt. Aber auch für andere Bereiche (wie z. B. die künftige Ausgestaltung der Tarifpolitik) können die neuen Zahlen von Belang sein, weil mit den Angaben zum Bruttoinlandsprodukt auch davon abgeleitete statistische Daten (wie zur gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung) revidiert werden müssen.“

Demgegenüber verlautbarte das IWH lapidar:

„Der mit der Veröffentlichung der revidierten gesamtwirtschaftlichen Größen sofort ausgelöste Ruf einiger Politiker nach Fortsetzung der Zahlungen aus den EU-Strukturfonds kann dabei nicht die alleinige Antwort sein. Im Vordergrund sollte die wissenschaftliche Aufarbeitung der strukturellen Zusammenhänge und Ursachen für den Rückstand stehen.“ (IWH, Pressemitteilung 25/2012, Langfassung). Diese Formulierung impliziert, dass der „sofort ausgelöste Ruf einiger Politiker nach Fortsetzung der Zahlungen aus dem EU-Strukturfonds“ offensichtlicher Weise legitim ist.

Folgt man der Experten-Empfehlung zur weiteren Erforschung des Rückstandes, so wird man vor einem schon vielfach „beackerten Feld“ stehen, denn wirklich *neue* Erkenntnisse und Ergebnisse für die wissenschaftlich-konstruktiven Politikempfehlungen dürften hier m.E. kaum zu erwarten sein.¹ Es besteht daneben oft ein Problem der praktikablen Umsetzung der Forschungsansichten durch die ostdeutschen Akteure der realwirtschaftlichen Institutionen privater und staatlich-gesellschaftlicher Art, die auch zunehmend unter den haushaltsseitigen „Sparzwängen“ leiden.

Was die wissenschaftliche Politikberatung im Detail oder in konkreter Sichtweise anbelangt, so sind von den sechs Forschungsinstituten des IWH-Sonderhefts 2/2011 „Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven Ostdeutschlands“ umfangreiche Angaben gemacht worden, die hier im Einzelnen nicht zitiert oder kommentiert werden können. Sie sind jedoch sämtlich in die *finanzpolitischen Restriktionen* für die neuen Bundesländer eingeordnet und insofern weniger geeignet, einen echten Sprung in der Angleichung Ost-West künftig zu sichern.

Fazit nach der statistischen Revision der VGR vom Juli 2012: Noch eventuell vorhandene „optimistische“ Erwartungen für eine Angleichung Ost-West haben sich nunmehr um ca. *5 weitere Jahre* in die Zukunft verschoben. Es ist daran zu erinnern,

1 Diese Auffassung wird auch von den Autoren der Broschüre aus der Friedrich-Ebert-Stiftung geteilt. (S. 67)

dass der Konvergenzprozess kein automatischer Prozess ist und ohne fortgesetzte industrielle Impulse *von außen* illusorisch bleibt. Hierzu gehört (nach alternativer Auffassung) ein langjähriger *überdurchschnittlicher* Anstieg der realwirtschaftlichen Investitionen im Osten, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, von dem absehbar in der Fläche der ostdeutschen Region schon längst keine Rede sein kann.

Literaturauswahl:

IWH, Pressemitteilung 25/2012

IWH-Sonderheft 2/11 „Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven Ostdeutschlands“

ifo-Dresden, Pressemitteilung vom Juli 2012

Friedrich-Ebert-Stiftung, „Ostdeutschland 2020. Die Zukunft des 'Aufbau Ost'“, 2012;
Autoren: Holtmann/Ragnitz/Völkl

Juli 2012